Der oberschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus. Bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Es werden berechnet: die Grundzeile oder deren Raum (50 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belegs- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg.

Fernsprechanschluß 16.

Gegründet 1828.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Telegrammadresse: Wanderer Gleiwitz.

No. 299. Gleiwitz, Sonntag, den 25. Dezember 1898. 71. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Friede auf Erden und den Menschen einen Wohlgefallen.

Wieder in dem Kreislauf des Jahres sind wir an dem Tage angt, an dem alle Fehden und Zwiste ruhen sollen, die dem pilger auf seiner mehr oder weniger dornenvollen Bahn wider-, an dem Abende, wo die im Lichterglanze strahlende Tanne Kummer, aller Sorge, allem Weh und Unfrieden ein beredtes peihevolles „Friede auf Erden" zuruft. Als am Anfang unserer ähnung diese frohe Botschaft da fern im heiligen Lande ertönte, tete sie Spott, Hohn, ja in den ersten Jahrhunderten blutige gung und Verhetzung, bis das Schandholz von Golgatha zum zeichen der reinen Menschenseele wurde, vor dem sich alle des Erdballs beugen und beugen mußten, um Frieden auf zu erlangen. Die Ausbreitung des Christenthums und der auf Erden, das sind zwei Begriffe, die sich voll und ganz zwei Begriffe, die in ihrem weitem Rahmen den ganzen es Christenthums umspannen. Als in grauer Vorzeit, in den Kämpfen der Völkerwanderung, die alten Germanen in Fehde treit ihr Nomadenleben führten, hier ihre Zelte aufbauten, abrissen, um dem überlegenen Nachbar Platz zu machen, da die Missionare und pflanzten ihre Kreuze auf und siehe da, dernden Züge, sie standen, aus den Zelten, die sich um dieses Lebens schaarten, wurden Burgen, aus den Burgen Städte rfer, in denen sich ein blühendes, seiner Lebenskraft vollbe- Volksleben entwickelte. Und warum dieser Umschwung? Holz des Lebens, einst dazu bestimmt das Holz der Schande brachte ihn mit den Frieden in der Menschenbrunst, den en auf Erden. Diese Verkörperung des wahren Adels Menschenbrust, dieses Aufgeben der Sonderinteressen, dieses en des thierischen Lebens von heute zu morgen, dieses heilige en im wahren Sinne des Christenthums ein nützliches und ares Mitglied der ganzen menschlichen Gesellschaft zu werden, r es, das das Christenthum zum belebenden Moment aller machte, das Throne inmitten der zügellosen Völkerschaften schuf s wieder Volk und Thron in seiner reinen Menschenliebe, in Frieden auf Erden auf das innigste vermählte und verkittete. Friede in der Menschenbrust, die Seele wahren Christenthums, pe zum Frieden der Völker untereinander, er wurde der Hort des Friedens auf Erden, er erhob das Christenthum ten Stütze des Thrones und er erkürte den Thron zur mächtigen der Kirche. Wie ein jeder Monarch, der von seiner Regenten- lück, Segen und Wohlfahrt erwartet, sich beugen muß vor Gotte, beugen muß vor dem Scepter der heiligen Religion, auch nur in der Kirche sich wahre Religion widerspiegeln, Glück und Segenswünschen auf den Lippen ihren vornehmsten nter dem Schatten ihres angestammten Thrones sucht. Diese chtsbotschaft, die uns heut Abend wieder ein strahlender aum symbolisch verkünden wird, dieses „Friede auf Erden" Quintessenz jeder Religion, und hiermit die erste Vorbedingung ohlgedeihens im Leben des Staates, im Leben des Volkes, milie, des einzelnen Menschen. Darum ist auch das chtsfest mit seinem reich geschmückten Christbaum, mit seinen den Kindergesichtern, nicht ausschließlich ein Fest der Freude Genusses, nein, es legt auch einem jeden Christenmenschen nste, heilige Pflicht auf, die Weihnachtspflicht, Frieden r Menschenbrust zu halten und Frieden all und überall nach zu erhalten suchen. Sei es mir vergönnt, geneigter Leser, r Betrachtung einmal bei der Weihnachtspflicht und der Er- dieser Pflicht etwas länger zu verweilen. Der ganze Segen rohen Weihnachtsbotschaft ist ja abhängig von der Erfüllung ihnachtspflicht. Ruft gebieterisch der Evangelist allen Völkern m Tage zu: „Haltet Frieden in eurer Brust", so ver- uns im Nachsatz die frohe Botschaft: „und ihr werdet das gefallen in eurer Brust finden, das wahren Seelenfrieden Wie steht es nun um diesen Frieden in der Welt? Wohl e Weihe, die der strahlende Lichterbaum an diesem Abend zahlreiche Familien ergießt, die Kluft in der Menschenbrust den, wohl wird in den Palästen des Luxus die ernste Einkehr an heute hungern und darben, an den Wüstling auf kurze Stunden ten, wohl wird Kummer und Sorge um das tägliche Brot heut nden den Hütten der Armen fern bleiben, um frommer Er- Platz zu machen. Aber auf Stunden nur, das nakte ne Menschenleben weckt am andern Morgen den einen zum Genuß, zur Vergeudung seiner Menschenkräfte, den andern ie vielmals alltäglich der Kummer und die Sorge um das Brot. Vergessen ist die Weihnacht und mit ihr die Weih- flicht; der Seelenfrieden dahin, der Sturm des selbstsüchtigsten es wieder entbrannt. Ohne Frieden ist nicht nur der, den die Wuth über die stiefmütterliche Gunstverweisung des Glückes rbitterten Menschen stempelt, nicht nur der Proletarier, der Gesundung seiner wirthschaftlichen Verhältnisse verzweifelnd, Destille seine wohlthätige Betäubung sucht, nicht nur die rvolle Mutter, die von Sorgen und Hunger gepeinigt, in Weinen agen ihre ganze Lebens- und Schaffenskraft vergeudet, nicht e die, die Seelenleiden und Seelenkummer, Schmach und e niederdrückt und von ernster Arbeit abhält, nicht nur die en alle des Friedens, den die Weihnachtsbotschaft fordert, ch alle die, die in den Augen des Volkes im glücklichen Genuß ichgesegneten Güter leben, aus Verschwendungs- und Ver- gssucht aber, den Ernst zur Erfüllung ihrer Menschen- n nicht finden können. An alle die geht die ernste chtsforderung, Frieden in ihrer Seele zu schaffen, sich rieden d. h. ihre Befriedigung im Schaffen seines Selbstzu- ms mit sich in ernster Arbeit zu erkämpfen. Und wer mit gen Würde seiner Menschlichkeit in ernster, angestrengter nentwegt um diesen Frieden kämpft und sorgt, der empfängt lt ihn auch von seinem Gotte, der den Menschen schuf, ihm be. Und so wollen auch wir, die wir wohl heut alle im Schooße unserer Familie Frieden finden werden unter dem brennenden Christbaum, bei Frohsinn und Heiterkeit nicht der Weihnachtspflicht vergessen, damit uns allen das „Friede auf Erden" werde zu einem: „und den Menschen einen Wohlgefallen." ?

Deutsches Reich.

Berlin, den 24. Dezember 1898.

— In der Lippe'schen Angelegenheit wird, wie die „Natlib. Korr." hört, die Entscheidung des Bundesrathes Anfang Januar getroffen werden. In der Kompetenzfrage stehe schon jetzt fest, daß sich der Bundesrath fast einstimmig für die Zuständigkeit aussprechen wird, die ihm Art. 76 Abs. 1 der Verfassung zuweist, wonach der Bundesrath zuständig ist, bei Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Natur zwischen zwei Bundesstaaten, auf Anrufung die Erledigung solcher Streitigkeiten herbeizuführen. Die letzten Berathungen darüber im Bundesrath waren, wie der „Natlib. Korr." bestätigt wird, durch ein Gutachten hervorgerufen worden.

— Das wahre Gesicht der großpolnischen Hetzpropaganda enthüllt ein Ausfall, den sich der wohlweislich jenseits der Grenze erscheinende „Dziennik Polski" unter dem vielversprechenden Titel „Die preußischen Schakale" gegen die Polenpolitik der preußischen Staatsregierung leistet. In diesem Muthergguß heißt es: „Frankreich fehlt in Europa, so kann man wirklich sagen, wenn man die Erscheinungen und Ergebnisse der deutschen Politik und ihren Einfluß auf die europäischen Verhältnisse mitempfindet. Vor der Gestaltung des Deutschen Kaiserreichs wehte stets aus Frankreich über Europa der Geist der Humanität, der internationalen Civilisation, und trotz alles dessen, was in den letzten Jahren unter der Regierung Napoleons III. geschehen war, trug Frankreich als Nation stets die Fahne der menschlichen Ideale voran. Europa gestattete es und muß jetzt die Folgen dieser Politik tragen, daß sich der Einfluß der preußischen Pickelhaube breit machte, welche die ethischen Verhältnisse der deutschen Gesellschaften dermaßen ausdehnte, daß sie die Schändlichkeit der Bismarck'schen Politik einkommt. Aus Berlin begann der Geist der politischen Entartung zu wehen. Wohin dieser Wind das Hohenzollernschiff treiben wird — darauf kommt es nicht an — vorläufig segelt es mit vollem Winde munter weiter, vernichtet unterwegs die wahren Errungenschaften der Zivilisation, indem es Haß und Habgier nach fremdem Eigenthum verbreitet. Die Verkörperung einer solchen Entartung ist eine Partei, eigentlich eine politische Bande preußischer H.-K.-Listen, mit welcher die Regierung solidarisch handelt, und mit welcher sie nicht nur Hand in Hand geht, sondern in deren Händen sie sogar ein williges Werkzeug geworden ist." Hier wird also ganz unverhüllt dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß Frankreich momentan nicht in der Lage ist, behufs Wiederherstellung Polens das Schwert gegen Deutschland zu ziehen. Wenn es nach den Wünschen der großpolnischen Hetzer ginge, so würde Europa allerdings das „Fehlen Frankreichs" nicht lange mehr zu beklagen haben, indem es dann die nächste Sorge „Europas" sein müßte, sich unter französischer Hegemonie und auf Anstachelung großpolnischer Intriganten zu einer kriegerischen Angriffskoalition gegen Deutschland zusammenzuschließen. Dieser Fanatismus des polnischen Deutschenhasses hat auch seine gute Seite: so weiß Europa jetzt wenigstens, was es zu thun hat, um sich das Lob der großpolnischen Hetzer zu verdienen.

— Neuerung im Postwesen. Der Staatssekretär des Reichspostamts, von Podbielski, hat kürzlich in Hamburg mit den Mitgliedern der dortigen Handelskammer über postalische Fragen konferirt. Der Staatssekretär machte dem „Hamb. Corr." zufolge einige Mittheilungen über beabsichtigte Verbesserungen und Vermehrung der überseeischen Post- und Telegraphenverbindungen, sowie eine in Aussicht genommene Umgestaltung der Hamburgischen Fernsprechanlagen. Im Anschluß hieran wurde von Mitgliedern der Handelskammer der Wunsch vorgetragen und näher begründet, die Reichspost möge Postwerthzeichen (Briefmarken) in höheren Werthbeträgen (jetziger Höchstbetrag 50 Pf.) in den Verkehr bringen. Es sei dies namentlich im überseeischen Correspondenzverkehr, sowie auch für die Frankirung von Depeschen sehr erwünscht. Die Vertreter des Reichspostamts erwiderten, daß hierüber Erwägungen bereits gepflogen würden; immerhin werde es noch längere Zeit bis zur Einführung solcher Marken dauern, da auf die Herstellung derselben — im Hinblick auf die Möglichkeit der Nachahmung und Fälschung — große Sorgfalt verwendet werden müsse, sodaß die vorbereitenden Prüfungen und Berathungen noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürften. Inbetreff der von der Handelskammer angeregten Zulassung von Postpacketen im vereinfachten Verfahren — ohne Begleitadresse, bei Verzichtleistung auf die Haftpflicht der Post und unter Wegfall der Bestellgebühr — wurde postseitig bemerkt, daß bezügliche Erwägungen wegen Zulassung solcher Postpackete im Gewicht von 1 kg schwebten, bei welchen von der Bestellgebühr abgesehen werden solle, wobei auch die Garantieleistung der Post entfallen würde. Die gleichfalls angeregte allgemeine Beseitigung des Bestellgeldes könne dagegen wegen des zu erheblichen Einnahmeausfalles nicht in Aussicht gestellt werden. Es werde aber erwogen, die Bestellgebühr gleich bei der Frankirung des Postpackets vom Absender mitzuerheben, sodaß der Empfänger eines frankirten Packets mit der Zahlung nicht weiter zu behelligen sein würde.

— Ausländer an deutschen Textilschulen. Zu der neuerdings vielfach erörterten Frage der Zulassung von Ausländern an deutschen Textilschulen hat der Ausschuß des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen durch folgende Beschlußfassung Stellung genommen: „Um die inländischen Besucher unserer Textilschulen gegenüber den ausländischen und ebenso den Wettbewerb der deutschen Industrie gegenüber der vielfach unter günstigerem Lohn- und sonstigen Bedingungen arbeitenden ausländischen Industrie nicht zu schädigen, ist zu erstreben: 1. daß die Plätze in den genannten Schulen in erster Linie deutschen Schülern und nur die durch solche nicht besetzten Plätze den Ausländern in einem gewissen Prozentsatz zu den inländischen Schülern offengehalten werden; 2. daß der Besuch dieser Schulen denjenigen Ausländern gestattet wird, die eine genügende Kenntniß der deutschen Sprache besitzen und entweder mit Erfolg eine Schule besucht haben, die in ihren Zielen im allgemeinen den sechsklassigen deutschen höheren Lehranstalten gleichsteht, oder den Nachweis einer Bildung erbringen, die derjenigen gleichkommt, die ein in die Ober-Sekunda unserer neunklassigen höheren Lehranstalten versetzter Schüler besitzt; 3. daß das Schulgeld für Ausländer, wie es bisher in Preußen bereits der Fall ist, höher normirt wird, als für Inländer und daß die jeweilige höhere Normirung von den jeweilig in Betracht kommenden Verhältnissen der betreffenden Schulen abhängig gemacht wird und endlich 4. daß eine einheitliche Gestaltung dieser Verhältnisse an sämmtlichen deutschen Fachschulen der Textilindustrie wünschenswerth erscheint."

Schweiz.

Aus Zürich wird gemeldet: Der schweizerische Nationalrath hat in seiner gegenwärtigen Session ein Postulat angenommen, welches den Bundesrath beauftragt, rasch einen Antrag zu prüfen und vorzulegen, durch welchen die Einbürgerung der sehr zahlreichen in der Schweiz lebenden Ausländer erleichtert würde. Es wurde hierbei geltend gemacht, daß hierdurch für den Bürgerabgang, der infolge der starken Auswanderung der Einheimischen entsteht, Ersatz geschaffen werde, und daß die vielen Ausländer in einem Kriegsfalle doch eine gewisse Beunruhigung bildeten. Heute ist jeder neunte Mann ein Ausländer. In den größeren Städten ist das Verhältniß natürlich noch viel ungünstiger. Zürich, Genf, Basel, St. Gallen u. s. w. haben unter ihrer Bevölkerung bis 40 pCt. Ausländer. Während in der Nordschweiz das deutsche Element bei weitem überwiegt (Zürich und Basel beherbergen zusammen gegen 80 000 Reichsdeutsche), herrscht in der Westschweiz das französische Element vor. In Genf giebt es 35 000 Savoyarden. Die Zahl der Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie beträgt nicht mehr als 10 000, wovon etwa die Hälfte auf Zürich allein entfällt.

Frankreich.

Trotz der von Czar Nikolaus beantragten Abrüstungs-Konferenz setzen alle Staaten ihre kriegerischen Vorbereitungen mit Eifer und Beschleunigung fort. Rußland macht in dieser Beziehung ebensowenig eine Ausnahme wie Frankreich. Hier wurde im Februar dieses Jahres durch ein Gesetz ein besonderes Conto für die „Vervollkommnung des Kriegsmaterials" zu dem Zwecke geschaffen, die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Ausrüstung für die bewaffnete Macht auszunützen und die hierfür nothwendigen Ausgaben aus dem Verkaufe gewisser Immobilien und namentlich der Festungsgründe von Paris zu decken. Das Kriegsministerium hat Nachforschungen darüber angestellt, welche Gebäude und Grundstücke sofort verkauft werden könnten, machte aber die Wahrnehmung, daß der Bedarf ein viel zu dringlicher ist, als daß er durch den geplanten Verkauf gedeckt werden könnte. Jede Verzögerung würde den Arbeitern der Militär-Werkstätten und der Metall-Industrie großen Schaden bereiten, namentlich aber die Interessen der Vertheidigung gefährden. Um die Durchführung des Programms von 1898 zu sichern, hat der Kriegsminister für das nächste Jahr eine Creditforderung von 66 310 00 Francs in der Kammer eingebracht und in der letzten Sitzung die Bewilligung derselben erhalten.

Rußland.

Von einer Seite, die mit den russischen Verhältnissen vertraut ist, wird geschrieben: Die amtliche Russische Telegraphen-Agentur muß mittheilen, daß dem Finanzminister von Witte durch ein amerikanisches Syndikat eine Anleihe angeboten worden ist. Selbst in dem leichtgläubigen Rußland wird Herr von Witte mit der Versicherung wenig Glauben finden, daß amerikanische Millionäre just in dem Augenblicke ihren Geldbeutel öffnen wollen, wo der Finanzminister nicht mehr ein noch aus weiß, wo allen Ernstes der Plan erörtert wird, die Staatsbahnen zu verpachten — nur um das unbedingt nothwendige Geld in den Staatssäckel zu schaffen. Das letzte Budget ist, wie erinnerlich, glänzend realisiert worden, d. h. die Zahlen nehmen sich auf dem Papier sehr eindrucksvoll aus. In Wirklichkeit hat die Ebbe in den Staatskassen von Jahr zu Jahr zugenommen: die Steuerrückstände, die Ausgaben für Militär und Marine, für Sibirien und die ostasiatische Politik wachsen ins Riesenhafte. Diesen Anforderungen war selbst ein Finanzgenie wie Witte nicht gewachsen; es kam die diesjährige Hungersnoth hinzu, um das Maß voll zu machen. Eine innere Anleihe aufnehmen, geht auch nicht gut an; die „treuen Verbündeten" wollen nicht weiter russische Papiere kaufen; der Pariser Markt aber beeinflußt auch den Brüsseler, und mit Kleinigkeiten kann sich Witte nicht abgeben. Bleiben Deutschland und England. Wenn wir richtig unterrichtet sind, haben die deutschen Banken nicht die geforderten Garantien erhalten; die englischen Forderungen gingen zwar sehr viel weiter, sollten aber erfüllt werden. Doch hat Graf Murawiew anscheinend doch mit seiner ablehnenden Haltung den Sieg davon getragen. Es wäre in der That ein köstlicher Witz, daß ein Rivale das Geld dem andern geben soll, damit der letztere sich ungestört zum Entscheidungskampfe rüsten kann. Es war deshalb nur noch die Möglichkeit offen, daß amerikanische Geldleute dem Herrn v. Witte in elfter Stunde Hülfe leisten. Billig und bescheiden sind die Yankees sicherlich nicht gewesen. Ihnen ist, wie erzählt wird (und das ist wahrscheinlich), zugestanden worden, daß sie die russischen Petroleumquellen erwerben dürfen. Mit einem Worte: die russische Petroleumindustrie ist den Amerikanern ausgeliefert worden, und das seit Jahren angestrebte Petroleum-Weltmonopol kann nun verwirklicht werden. Skeptiker meinen sogar, daß die Amerikaner sich am nördlichen Eismeer wirthschaftliche Vortheile gesichert haben. Herr v. Witte hat eben keine Wahl; er muß sich den Bedingungen fügen, die seine Geldgeber stellen. Dafür freilich wird er 500 Millionen Dollars für den Staatsschatz einstreichen — eine nicht üble Summe, die sehr gelegen kommt. Rußland ist unerschöpflich an natürlichen Reichthümern, und wenn es ein moderner Staat mit besser entwickelten Nutzländern [illegible]